

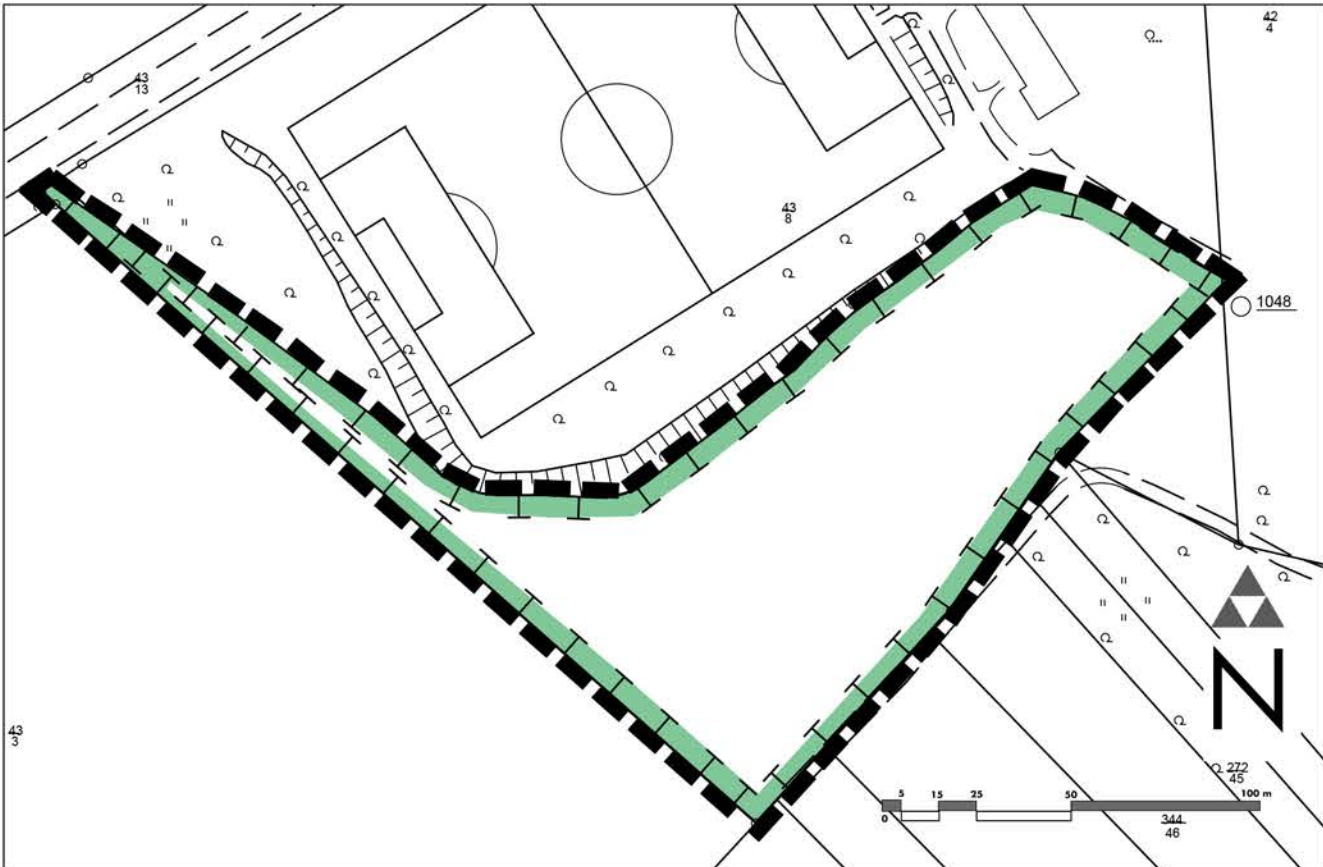
TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG  
(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
	ALLGEMEINES WOHNGEBIET GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 3 BAUNVO
<b>GRZ 0,4</b>	GRUNDFLÄCHENZAH (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 19 BAUNVO)
<b>II</b>	MAXIMAL ZULÄSSIGE ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 20 BAUNVO)
<b>O</b>	OFFENE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 23 ABS. 3 BAUNVO)
<b>2 WO</b>	BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB)
	VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	HIER: VERKEHRSBERUHIGTER BEREICH
	HIER: FELDWIRTSCHAFTSWEG
	GRÜNFLÄCHE; HIER: ÖFFENTLICH (§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)
	FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 ABS. 1 NR. 25 BAUGB)
	FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB)
	GRUNDSTÜCKSGRENZEN (PLANUNG)

BEREICH EXTERNE AUSGLEICHSLÄCHE  
AM SPORTPLATZ GERLFANGEN



Digitale Karte vom Landesamt für Kataster, Vermessungs- und Kartenwesen, Kontrollnummer: KB 588/04

Das LKV gewährleistet die Übereinstimmung der als digitale Daten abgegebenen Grundrissinformation mit den Angaben der amtlichen Katasterkarten.

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

<b>1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	<b>1.1 Baugebiet WA</b>	Allgemeines Wohngebiet für das gesamte Plangebiet, gem. § 4 BauNVO siehe Plan
	1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen	gem. § 4 Abs. 2 BauNVO • Wohngebäude, • die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, nicht störende Handwerksbetriebe sowie • Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.
	1.1.2 ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen	gem. § 4 Abs. 3 BauNVO • Betriebe des Beherbergungsgewerbes, • sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
	1.1.3 nicht zulässige Arten von Nutzungen bzw. bauliche Anlagen	gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind • Anlagen für sportliche Zwecke nicht zulässig. gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden • Anlagen für Verwaltungen • Gartenbaubetriebe sowie • Tankstellen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
<b>2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	2.1 Grundflächenzahl	gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan, GRZ 0,4 im gesamten Plangebiet  Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von: • Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, • Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie • bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, nicht zulässig.
	2.2 Zahl der Vollgeschosse	gem. §§ 16, 20 Abs. 1 BauNVO, Die Zahl der Vollgeschosse wird im gesamten Plangebiet auf max. 2 Vollgeschosse festgesetzt.
	2.3 Höhe baulicher Anlagen	siehe Plan, gem. §§ 16 und 18 BauNVO, hier: maximale Wandhöhe WA 1 max. 5,50 m Wandhöhe  WA 2 max. 7,0 m Wandhöhe  Als Wandhöhe gilt das Maß von der Oberkante des fertigen Straßenbelages (gem. Straßenprojekt) der Erschließungsstraße und dem äußeren Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut. Sie wird bei traufständigen Gebäuden in der Verlängerung des Giebels, bei giebelständigen Gebäuden in der Mitte der zur Erschließungsstraße zugewandten Seite gemessen.
<b>3. BAUWEISE</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB		siehe Plan, hier: Baugebieten gem. § 23 Abs. 3 BauNVO Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
<b>4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB		siehe Plan, hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
<b>5. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB		Gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass: • Garagen und Carports nur innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig sind, • Stellplätze, Zufahrten sowie Nebenanlagen sind grundsätzlich im gesamten Baugebiet auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, • Garagen und Carports müssen mit ihrer Vorderfront mindestens 5 m von der Straßenbegrenzungslinie entfernt sein
<b>6. HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB		siehe Plan, Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, dass im gesamten Plangebiet die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden auf maximal zwei Einheiten pro Haus beschränkt ist.
<b>7. VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB		siehe Plan, Die internen Erschließungsstraßen werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier "Verkehrsberuhigte Bereiche" (gem. StVO-Zeichen 325 und 326, Zone 7) festgesetzt. Der Ausbau hat als niveaugleiche Mischfläche zu erfolgen. Die Straßenbreite der einzelnen Erschließungsstraßen wird wie folgt festgesetzt:  • Hauptserschließung: 5,50 m • Stichstraße: 4,75 m  Die separat geführten Fußwege werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB als "Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Feldwirtschaftsweg" festgesetzt. Die Ausbaubreite wird auf 3,0 m festgesetzt.
<b>8. FÜHRUNG VON VERSORGUNGS-ANLAGEN UND -LEITUNGEN</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB		Die im Gebiet anfallenden Abwässer sind entsprechend ihrer potenziellen Schadstoffkontamination getrennt abzuleiten (Trennsystem). Das Schmutzwasser (häusliches Abwasser) ist der Ortskanalisation und das unbelastete Niederschlagswasser von Dach-, Terrassen- und Straßenflächen dem Regenwasserkanal zuzuleiten. Anschlussmöglichkeiten befinden sich im direkten Anschluss an das Plangebiet im Bereich des Wohngebietes "Kumpfwies III". Beim Einbau dezentraler Kleinspeicher sind die Überläufe an den Regenwasserkanal anzuschließen.
<b>9. ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB		siehe Plan, Die öffentlichen Grünflächen sind mit der Saatgutmischung RSM 7.1.2 (Landschaftsrasen - Standard mit Kräutern) einzusäen.  Die Andienung landwirtschaftlich genutzter Flächen über die öffentlichen Grünfläche ist zulässig.
<b>10. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF. BNATSchG		M1: Alle Stellplätze auf den privaten Grundstücken und deren Zufahrten sowie sonstige Wege und Zugänge im Plangebiet sowie alle öffentlichen Fußwege sind aus Gründen der Grundwassererneuerung in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen.  Die Ausgleichsfläche am Sportplatz Gerlfangen wird als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Hier sind zum Ausgleich zu erwartender Eingriffe folgende Maßnahmen durchzuführen:  M2: Ein 5 m breiter Streifen südlich des Sportplatzes sowie der schmale Streifen Acker im Nordwesten der Ausgleichsfläche sind mit Gehölzen einzurüsten. Hierzu sind in einem Raster von 1,50 m x 1,50 m Grundstücksfläche gemäß Pflanzliste anzupflanzen. Alle 10 m ist ein Laubbaumhochstamm gemäß Pflanzliste als Überhälter in die Anpflanzung zu integrieren.  M3: Am nördlichen Rand der Fläche ist ein 20 m breiter, arten- und strukturreicher Waldrand anzulegen. Zur Entwicklung eines 10 m breiten Waldmantels sind einheimische, standortgerechte Gehölze in einem Raster von 1,50 m x 1,50 m anzupflanzen. Um einen strukturellen Aufbau sowie ausgeglichene Konkurrenzverhältnisse zu gewährleisten, ist ein stufiger Aufbau der Pflanzungen anzustreben. Hierzu sind unmittelbar am Waldrand Bäume 2. Ordnung zu pflanzen, in etwas weiterer Entfernung größere (führende) Gehölze und schließlich kleinere (begleitende) Gehölze (vgl. Pflanzliste). Entlang des Waldmantels ist ein 10 m breiter Streifen für die Nutzung auszusparen, um einen krautreichen Waldsaum zu entwickeln.

11. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE BINDUNG FÜR BEPFLANZUNGEN  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND B BAUGB  
IN ANWENDUNG DES § 18 FF. BNATSchG

M4: Die verbleibenden Ackerflächen sind in extensives Grünland umzuwandeln. Hierzu hat die Einsoat von Landschaftsrasen RSM 8.1, Variante 1 (artenreiches Extensivgrünland, für Standorte ohne extreme Ausprägung) zu erfolgen. Die Fläche ist zweimal pro Jahr zu mähen, wobei die erste Mahd nicht vor dem 15. Juni und die zweite Mahd nicht vor dem 15. September zu erfolgen hat. Das Mähgut ist von der Fläche abzufahren, um eine Aushagerung der Fläche zu erreichen.	M5: Im Bereich des zu entwickelnden extensiven Grünlandes ist eine Streuschwäme anzulegen. Hierzu ist pro 100 qm Fläche ein standortgerechter Obstbaumhochstamm (H., 2xv., StU 8-10, o.B.) anzupflanzen. Es sind nur einheimische Obstsorten zu verwenden.
siehe Plan,	
P1: Auf den mit P1 gekennzeichneten Flächen sind zur Eingrünung des Plangebietes und zur Einbindung des Plangebietes in die Landschaft Gehölze im Raster 2,0 m x 2,0 m entsprechend der Pflanzliste zu pflanzen.	
P2: Auf allen Grundstücken ist pro Grundstück mindestens ein einheimischer Obstbaum bzw. ein standortgerechter Laubbaumhochstamm anzupflanzen (StU 12 - 14 cm). Zudem ist entlang mindestens einer Grundstücksseite ein 2 m breiter Pflanzstreifen anzulegen, auf dem Feldgehölze im Raster von max. 1,5 m x 1,5 m anzupflanzen sind.	
P3: Flachdächer von Garagen sind extensiv zu begrünen.	
P4: Für alle Pflanzungen sind nur einheimische Bäume und Sträucher sowie einheimische Obstbaumhochstämme zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:	
Pflanzliste Waldmantel (süd-bis westexponiert)	
Bäume 2. Ordnung:	Acer campestre (Feld-Ahorn) Carpinus betulus (Hainbuche) Prunus spinosa (Slehe) Crataegus monogyna (Eingriffeliger Weißdorn) Cornus sanguinea (Blutdorn) Sambucus nigra (Schwarzer Holunder) Rosa canina (Hunds-Rose)
begleit. Sträucher:	Bergahorn Hainbeere Kobkorn Ebersche Schw. Holunder Sommerlinde Salweide Traubeneiche Weißdorn
Pflanzliste:	Bergahorn Hainbeere Kobkorn Ebersche Schw. Holunder Sommerlinde Salweide Traubeneiche Weißdorn
Pflanzenmaterial und -qualität:	• Hochstämmen: 2xv. StU 12-14 cm • Sträucher: 2xv. 5-Triebe, Höhe: 100 cm - 150 cm • Obstbaumhochstamm: ab 180 cm St.-Höhe
Erfolge Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 B BauGB.	

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 93 ABS. 5 LBO

<b>GESTALTUNG DER HAUPTGEBÄUDE / DÄCHER</b>	• Es sind Flachdächer und geneigte Dachflächen zulässig.
<b>GESTALTUNG DER NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN</b>	Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind, sofern diese nicht als Hauszugänge, Terrassen, Einfahrten und Stellplätzen in Anspruch genommen werden, als Vorgärten und Hausgärten anzulegen und mit einheimischen Pflanzen zu gestalten.
<b>GARAGEN / ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE</b>	• Garagen sind in Material und Farbgestaltung dem Hauptgebäude anzugleichen.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs	siehe Plan
--	------------

HINWEISE

<b>BODENFUNDE</b>	spareinrichtungen empfohlen.  Die Vorgaben der neuen Trinkwasserverordnung, welche zum 01.01.2003 in Kraft getreten ist, sind zu beachten. Des Weiteren besteht nach dieser neuen Verordnung eine Anzeigepflicht für Anlagen zur Regenwassernutzung gegenüber dem Gesundheitsamt.
<b>ERLAUBNISPFICHT</b>	Erdarbeiten im Bereich der externen Ausgleichsflächen sind erlaubnispflichtig nach § 20 SDschG.
<b>BAUMPFLANZUNGEN / SCHUTZ BESTEHENDER GEHÖLZE</b>	Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten.  Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" beachtet werden.  Das DVGW-Regelwerk GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" ist bei der Planung zu beachten.
<b>EINHALTUNG GRENZABSTÄNDE</b> (GEMÄSS SAARLÄNDISCHEM NACHBARRECHTSGESETZ VOM 28.02.1973)	Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.
<b>REGENWASSERRÜCKHALTUNG / BRAUCHWASSERNUTZUNG</b>	Zur Entlastung des Entwässerungssystems wird die Anlage dezentraler Kleinspeicher (z.B. Zisternen, Becken) empfohlen. Das Volumen der dezentralen Kleinspeicher sollte 40 Liter pro Quadratmeter versiegelter Grundstücksfläche nicht unterschreiten. Die Überläufe der dezentralen Kleinspeicher sind an den Regenwasserkanal anzuschließen. Für alle Grundstücke wird die Nutzung von Niederschlagswasser, das von den Dachflächen abfließt, als Brauchwasser für Toilette und Gartenbewässerung empfohlen. Zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs wird die Installation von Wasser-

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

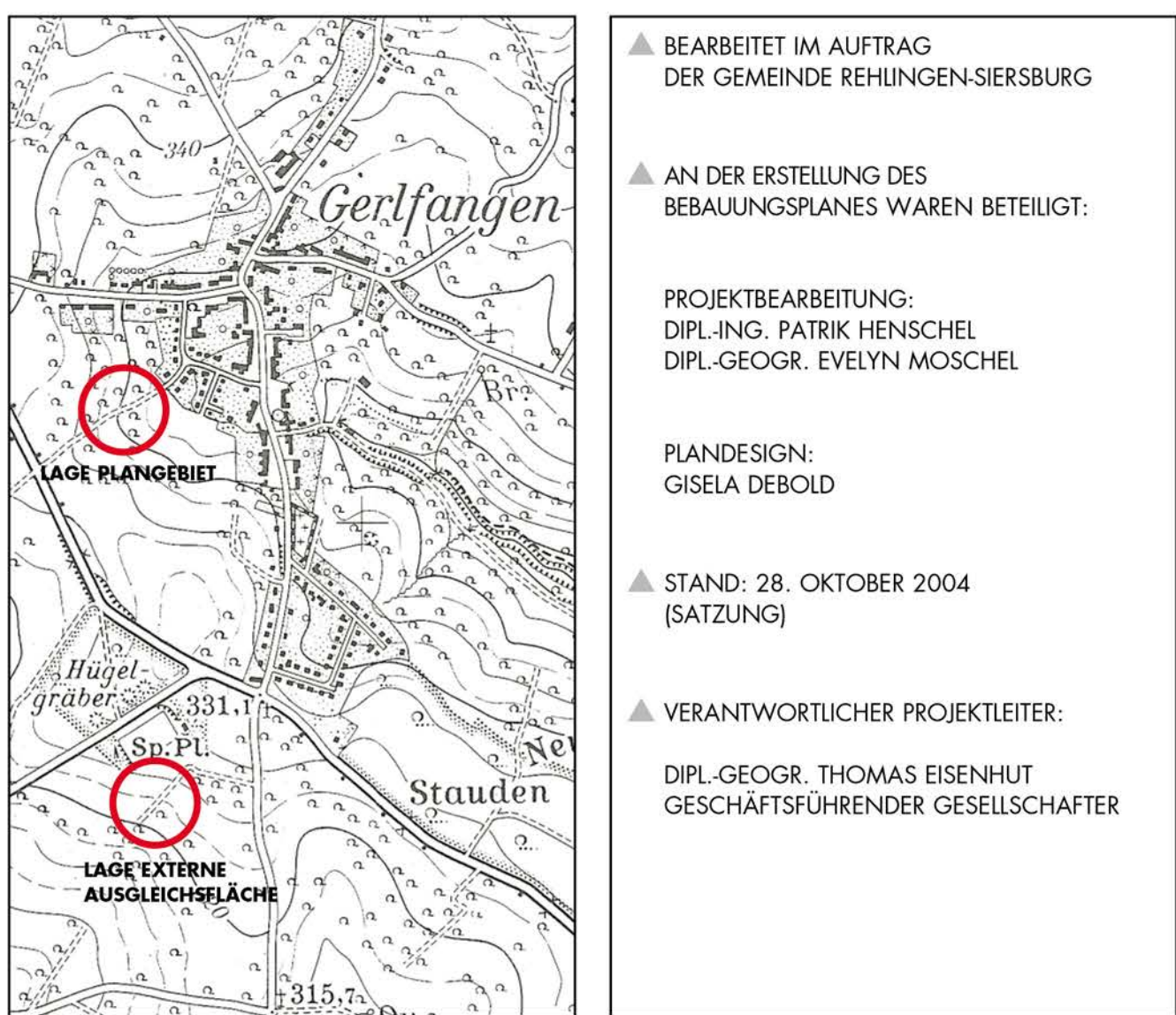
Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:	• das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), • das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNVG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1557 über die Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes zur Flexibilisierung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht (Amtsblatt des Saarlandes vom 29.07.2004, S. 1550), • das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S. 2), • das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I S. 2331), • das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990), • das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S. 2), • das Saarländische Wassergesetz (SWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes vom 24.09.2004, S. 1994 ff.), • das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130).
• Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.07.2002 (BGBl. I S. 2850) m.W.v. 01.08.2002, • die Bauordnungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479), • die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), • das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914), • das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarlUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S.2494), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507), • die saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507), • der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsbl. S. 538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158), • das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landesplanungsrechts (SLPG) vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506),	

VERFAHRENSVERMERKE

• Der Gemeinderat der Gemeinde Rehlingen-Siersburg hat am 28.04.2004 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Kumpfwies III" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB). Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes "Kumpfwies III" wird gleichzeitig der Bebauungsplan "Kumpfwies II" in einem Teilbereich geändert.  Der Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).  Rehlingen-Siersburg, den _____ Der Bürgermeister	Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).  • Der Gemeinderat der Gemeinde Rehlingen-Siersburg hat am 28.10.2004 den Bebauungsplan "Kumpfwies III" mit Teiländerung des Bebauungsplanes "Kumpfwies II" (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB) beschlossen.  Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 07.06.2004 bis einschließlich 07.07.2004 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).  Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am _____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).  Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 26.05.2004 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen. Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 28.10.2004 geprüft und in die Abwägung eingestellt.
Rehlingen-Siersburg, den _____ Der Bürgermeister	Rehlingen-Siersburg, den _____ Der Bürgermeister
Rehlingen-Siersburg, den _____ Der Bürgermeister	Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 3c des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz" ist aufgrund der Größe der anrechenbaren Grundfläche nicht notwendig.

BEBAUUNGSPLAN „KUMPFWIES III“  
UND TEILÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES „KUMPFWIES II“

GEMEINDE REHLINGEN-SIERSBURG - OT GERLFANGEN



M = 1: 1000 im Original (A 0)	0 10/20	50/100	100/200 m
M = 1: 2000 Verkleinerung (A 2)	▲▲	▲	▲
Verkleinerung DIN A 3, ohne Mat.			